

Friedrichshafen, 14. Juli 2026

***Statement zur Einladung Flughafen Friedrichshafen GmbH an
Fraktionsvorsitzende für den Erstflug nach Sylt***

Sehr geehrter Herr Landrat Prayon, sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, sehr geehrter Herr Krumm, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleg:innen im Kreistag,

ich möchte meiner Irritation Ausdruck verleihen, verbunden mit einer klaren Bitte sowohl an Sie Herr Krumm, in Ihrer Funktion als Geschäftsführer der Flughafen Friedrichshafen GmbH, als auch an alle Kreistrat:innen.

Dieses Gremium hat, ebenso wie der Gemeinderat FN einen erheblichen Zuschuss in Höhe von jeweils einer Million Euro jährlich an die Flughafen Friedrichshafen GmbH beschlossen. Für den Erstflug der Air Uniqon nach Sylt hat die Geschäftsführung des Flughafens die Fraktionsvorsitzenden in beiden Gremien „Auf ein Glas Sekt auf Sylt“ eingeladen. Wie Zeitungsartikeln mit Fotos und einigen Posts auf Social media zu entnehmen war, haben auch einige Vertreter beider Gremien diese Einladung angenommen.

Mir geht es im Moment nicht um die ökologische Sinnhaftigkeit dieser Einladung, und auch nicht um den materiellen Wert des Flugtickets, sondern um die Rollen, die wir einnehmen. Dieses Gremium ist nicht der Freundeskreis des Flughafens. Wir sind das gewählte Kontrollgremium der Bürger:innen und Bürger und zugleich Entscheidungsträger über erhebliche öffentliche Mittel. Zwischen diesen Rollen braucht es eine professionelle Distanz. Wer diese Distanz verwischt, gefährdet nicht nur das Vertrauen in einzelne Personen, sondern in die Integrität kommunaler Entscheidungen insgesamt.

Ich frage mich ernsthaft, welches Signal wir damit nach außen senden. Wir erwarten von Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen in unsere Entscheidungen. Dieses Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass wir erklären, wir seien selbstverständlich unbeeinflusst. In der Kommunalpolitik reicht es nicht, unbestechlich zu sein. Wir müssen auch jeden vermeidbaren Anschein vermeiden, bestechlich sein zu können.

Deshalb wünsche ich mir, dass wir uns als Gremium gemeinsam verpflichten: Einladungen dieser Art sollten künftig weder ausgesprochen noch angenommen werden. Nicht, weil wir

irgendjemandem unlautere Motive unterstellen, sondern weil wir unsere Unabhängigkeit sichtbar wahren wollen.

Für die Fraktion

Frank Heimpel-Labitzke